

BerlinBulletin

Aktuelles aus Regierung und Parlament

V.i.S.d.P.: Bernhard Fuhrmann, DLR, VO-PW



Neujahrsempfang der Parlamentsgruppe für Luft- und Raumfahrt

Am Dienstag fand der Neujahrsempfang der Parlamentsgruppe für Luft- und Raumfahrt (PGLR) im Kaisersaal der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft statt, der traditionell von der Northrop Grumman LITEF GmbH ausgerichtet wird.

Die zivile Luftfahrt befindet sich, nicht zuletzt durch das Luftfahrtforschungsprogramm, auf einem guten Weg, die militärische Luftfahrt befindet sich durch die teilweise Umstellung von bemannten Flugzeugen auf UAV (unmanned aerial vehicle) in einem Paradigmenwechsel bei zugleich höchsten technologischen Herausforderungen. Im Raumfahrtsegment konnte durch den erfolgreichen Start der ersten beiden von vier Galileo-Vorserien-satelliten am 21. Oktober ein schöner Erfolg vermeldet werden. Insgesamt konnte die Branche also sehr gute Erfolge vermelden.

Auch im Jahr 2012 wolle die Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt „diese Aktivitäten in bewährter Tradition weiter unterstützen“, heißt es in der Einladung zum Neujahrsempfang. Die Herren Eckehardt Keip, Geschäftsführer der Northrop Grumman LITEF GmbH, und Axel J. Arendt, Vorsitzender Forum Luft- und Raum-

fahrt, haben ein Grußwort an die Anwesenden gerichtet und sowohl gemeinsam Rückschau gehalten als auch einen Blick auf die Herausforderungen der Zukunft geworfen.

Klaus-Peter Willsch MdB, Vorsitzender der PGLR eröffnete den Abend mit einer Rückschau auf das Jahr 2011 und einen Ausblick auf das neue Jahr 2012. In seinem Rückblick ging er u. a. auf die erfolgreiche deutsche Präsidentschaft der EIWK, und den Start der ersten beiden Galileo-Satelliten ein. Er nannte das „Jahr 2011 besonders ereignisreich für die Luft- und Raumfahrt.“

Im Hinblick auf 2012 nannte er u.a. die ILA mit neuem Datum im September und neuem Veranstaltungsort in Selchow. Damit sei „die Luftfahrt wieder in Berlin zuhause“. Des Weiteren ging er auf die ESA Ministerkonferenz ein, die Meilenstein für die Raumfahrt setzen werde. Explizit nannte er die operative Umsetzung des Raumfahrtstrategie sowie die Durchführung von Einzelprojekten des DLR als Ziele für 2012 und betonte die Wichtigkeit der Definierung von Zielen auch in der Luftfahrt.

Axel J. Arendt, Vorsitzender Forum Luft- und Raumfahrt betonte in seinem Grußwort, dass

2011 trotz des schwierigen Umfeldes geprägt von Finanz- und Wirtschaftskrise ein gutes Jahr für die Luft- und Raumfahrt sowie den Verteidigungsbereich war. Man könne mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Für 2012 gelte es dieses hohe Niveau zu halten. Es bleibe abzuwarten wie sich die Bundeswehrreform auf das Verteidigungsministerium auswirke.

Eckehardt Keip, Geschäftsführer der Northrop Grumman LITEF GmbH ging besonders auf die Herausforderungen für Northrop Grumman LITEF GmbH als KMU ein. Der Geschäftsflugzeugmarkt befände sich in einer Erholungsphase und mit ihm würde es erst 2013 wieder aufwärts gehen. Im Verteidigungsbereich gelte es die bestehenden Aufträge abzarbeiten. Man hoffe auf Exporte. In der Wehrtechnischen Luftfahrt gestalteten sich aber eben diese als Herausforderung. Auch der Auftakt des Eurofighter verlief eher schleppend. Die Preisgestaltung eines KMU stehe und falle mit der Materialbeschaffung. Da die Lieferantenabhängigkeit gegenüber dem Militär nicht mehr da sei, forderten die Lieferanten Anpassung. Als Folge befänden sich die KMUs in einer Art „Sandwich Position“. Die Rahmenbedingungen die der Einzelplan 14 (EPL 14) vorgibt, seien nunmehr klar. Die Industrie müsse sich dem nun anpassen und sich innovativ neu aufstellen.

Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Philipp Rösler hat am Donnerstag eine [Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht](#) 2012 der Bundesregierung abgegeben. Anschließend hat der Bundestag über die Unterrichtung durch die Bundesregierung beraten.

Das Bruttoinlandsprodukt soll in diesem Jahr nur leicht um 0,7 Prozent steigen. Dies erwartet die Bundesregierung in ihrem als Unterrichtung ([17/8359](#)) vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht 2012 mit dem Titel „Vertrauen stärken – Chancen eröffnen – mit Europa stetig wachsen“.

„Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion 2012 zunächst eine temporäre konjunkturelle Schwächephase, jedoch keine Rezession“, wird erläutert. Im letzten Jahr war das Bruttoinlandsprodukt um drei Prozent gewachsen, 2010 sogar um 3,7 Prozent. Im weiteren Jahresverlauf werde die deutsche Wirtschaft wieder zu einem höheren Wachstum zurückfinden, erwartet die Bundesregierung. „Die deutsche Wirtschaft wächst damit nach wie vor etwas kräftiger als der Euro-Raum insgesamt“, wird festgestellt.

Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 7,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 6,8 Prozent sinken. 2010 hatte sie noch 7,7 Prozent betragen. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt soll auch zu einem Beschäftigungsrekord führen. So erwartet die Bundesregierung eine weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit um rund 220.000 Personen.

Bei den Bruttolöhnen erwartet die Regierung einen Anstieg um 2,4 Prozent. 2011 waren die Löhne um 3,4 und 2010 um 2,2 Prozent gestiegen. Da die Importe mit einem Wachstum von drei Prozent stärker steigen sollen als die Exporte (zwei Prozent), rechnet die Regierung mit einer Verlagerung der Wachstumskräfte hin zur Binnennachfrage. Das überraschend geringe Wachstum der Exporte wird mit einer „deutlichen Wachstumsabschwächung im internationalen und insbesondere im europäischen Raum“ erklärt.

In der europäischen Schulden- und Finanzkrise werden auch die Risiken für die Prognosen gesehen: „Die Jahresprojektion der Bundesregierung beruht auf der zentralen Annahme, dass im Laufe dieses Jahres die Lösung der Schuldenkrise in Europa weiter vorankommt und sich die Verunsicherung an den Märkten allmählich auflöst. Eine Verschärfung der Krise stellt zweifellos das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 dar“, heißt es in dem Bericht. Andererseits liege in einer zügigen Lösung der Schuldenkrise auch eine Chance für eine günstige Entwicklung, stellt die Bundesregierung fest und versichert: „Deshalb wird Deutschland die auf nationaler und internationaler Ebene eingegangenen Konsolidierungsverpflichtungen konsequent einhalten.“

Die Inflationsrate soll 2012 bei 1,8 Prozent und damit wieder im Zielbereich der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen. Das sich abschwächende weltwirtschaftliche Wachstum wirke den Inflationsgefahren entgegen, die von der reichlichen weltweiten Liquidität ausgehen könnten. Zugleich bekennt sich die Bundesregierung zum klaren Mandat der Europäischen Zentralbank, die Geldwertstabilität zu wahren: „Die Geldpolitik ist kein Ersatz für eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik.“ Die Unabhängigkeit der EZB sei ein hohes Gut.

Die Bundesregierung verteidigt in dem Bericht auch die Absicht, Steuern zu senken: „Neben der Haushaltskonsolidierung gehört es zu einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik, den Menschen wieder mehr von dem zu lassen, was sie sich erarbeitet haben, und den Unternehmen genügend Spielraum für Zukunftsinvestitionen zu geben.“ Nicht gewollten Steuerbelastungen durch die „kalte Progression“ solle daher durch eine Korrektur des Einkommensteuertarifs ent-

gegengewirkt werden. „Dies steht in vollem Einklang mit der konsequenten weiteren Umsetzung der Schuldenbremse“, heißt es in dem Bericht. Der finanzielle Spielraum für eine Steuersenkung mit einem jährlichen Volumen von sechs Milliarden Euro sei vorhanden.

Weitere Informationen: Jahreswirtschaftsbericht 2012, Unterrichtung der Bundesregierung zum Jahreswirtschaftsbericht ([17/8359](#)), Plenarprotokoll [17/152](#) vom 19. Januar 2012.

Bundestag debattiert über bessere Verkehrssicherheit in Deutschland

Das Thema Verkehrssicherheit beschäftigte den Bundestag am Donnerstag, 19. Januar 2012. Zur Abstimmung stehen Anträge von CDU/CSU und FDP ([17/5530](#)), SPD ([17/5772](#)) und Bündnis 90/Die Grünen ([17/7466](#)) sowie eine Mitteilung der Europäischen Kommission „Ein europäischer Raum der Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit 2011-2020 (Ratsdok. [12603/10](#))“.

Koalition will Landstraßen sicherer machen

Union und FDP fordern, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 im Vergleich zu 2010 um 40 Prozent zu senken. Auch die Zahl der Schwerst- und Schwerverletzten müsse verringert werden. Das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen will die Koalition weiterhin fördern, um schwere Kopfverletzungen vermeiden zu helfen.

Ebenso solle die Akzeptanz freiwilliger Gesundheitsüberprüfungen für ältere Verkehrsteilnehmer gefördert werden. Bei der Infrastruktur solle die Regierung den Schwerpunkt ihrer Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf die Landstraßen legen, da hier immer noch der

Großteil der Verkehrstoten zu beklagen sei, heißt es in dem Antrag.

SPD: Tempolimit für Fahranfänger prüfen

Für eine Halbierung der Zahl der Verkehrstoten bis 2020 tritt auch die SPD ein. So soll sich die Regierung für ein Tempolimit von 130 Stundenkilometer für leichte Nutzfahrzeuge sowie innerorts für generell Tempo 30 stark machen. Auch die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Fahranfänger nach dem Vorbild Frankreichs solle geprüft werden.

Daneben tritt die SPD für eine Fahrradhelmpflicht für Kinder, eine intensive Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen sowie eine modernere Fahrlehrerausbildung ein. Auch müsse geprüft werden, ob die Begleitphase nach der Führerscheinprüfung ausgedehnt werden muss. Zu überlegen sei, ob darauf verzichtet werden kann, das Mindestalter für den Mopedführerschein auf 15 Jahre abzusenken.

Für ältere Menschen verlangt die SPD ein lückenlos hindernisfreies und altengerechtes Wegenetz in Ortschaften mit abgesenkten Bordsteinen und durchgehendem Leit- und Orientierungssystem sowie längeren Ampelschaltungen für Fußgänger.

Grüne: Fahrassistenzsysteme weiterentwickeln

Die Grünen wollen, dass die Bundesregierung einen Plan mit verbindlichen Zielen vorlegt, um die Zahl der Toten im Straßenverkehr möglichst auf Null zu reduzieren. Daher solle ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen und 30 Stundenkilometern innerhalb von Ortschaften eingeführt werden. Die Höchstge-

windigkeit für Lastwagen müsse europäisch einheitlich auf 80 Stundenkilometer festgeschrieben werden.

Die Fraktion befürwortet ferner, die Weiterentwicklung von Fahrassistenzsystemen zu fördern und regelmäßig zu wiederholende theoretische Prüfungen sowie Erste-Hilfe-Kurse für Führerscheininhaber.

Das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 zu halbieren, findet sich auch in den Leitlinien der EU-Kommission. Sie tritt dafür ein, die Verkehrserziehung und Fahrausbildung zu verbessern, die Straßenverkehrsvorschriften verstärkt durchzusetzen, die Infrastruktur und die Fahrzeuge sicherer zu machen.

Beschlüsse

Die Beschlussempfehlung [17/8341](#) Buchstabe a (Antrag [17/5530](#) annehmen) wurde mit den Stimmen der CDU/CSU und der FDP angenommen. Die SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke hat sich enthalten. Beschlussempfehlung [17/8341](#) Buchstabe b (Antrag [17/5772](#) ablehnen) wurde mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP, der Grünen und der SPD angenommen. Die Linke hat sich enthalten. Beschlussempfehlung [17/8341](#) Buchstabe c (Antrag [17/7466](#) ablehnen) wurde ebenfalls angenommen.

Weitere Informationen: Ein europäischer Raum der Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die Politik im Bereich der Straßensicherheit 2011-2020 [KOM\(2010\) 389 endg.](#), Plenarprotokoll [17/112](#) vom 27. Mai 2011, Plenarprotokoll [17/152](#) vom 19. Januar 2012.

Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschland 2011 und Stellungnahme der Bundesregierung

Am Freitag, dem 20. Januar 2012 debattierte der Bundestag zur Unterrichtung durch die Bundesregierung mit dem Titel „Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2011 und Stellungnahme der Bundesregierung“ ([17/8226](#)). Das Gutachten gliedert sich in drei Teile: (A) Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen, (B) Kernthemen und (C) Struktur und Trends. Im ersten Themenkomplex wird neben Finanz- und Wirtschaftskrise, Wagniskapitalmarkt, Bildung und Forschung, Statistischer Erfassung von Innovationsaktivitäten, Hightech-Strategie 2020 für Deutschland und der Entwicklung des Patentsystems auch die Elektromobilität angesprochen.

Dort heißt es u.a., Deutschland habe auf dem Gebiet der Elektromobilität im vergangenen Jahr deutlich an Boden gutgemacht. Zahlreiche Forschungseinrichtungen und Unternehmen hätten ihre Forschungsaktivitäten ausgeweitet. Ferner habe die Bundesregierung bei der Förderung der Elektromobilität einen Strategiewechsel vollzogen: Deutschland solle nicht mehr zum Leitmarkt für Elektromobilität ausgebaut, sondern als Leitanbieter für marktfähige Elektromobilität positioniert werden. Dafür sei eine enge Kooperation zwischen deutschen Autokonzernen wünschenswert. Die Erfahrungen zeigten jedoch, dass eine horizontale Kooperation zwischen deutschen Automobilbauern nur schwer zu erreichen ist. Staatliche Förderprogramme sollten daher die vertikale Kooperation von Automobilbauern, Zulieferern und Maschinenbauunternehmen stärken.

Auch die dem Gutachten vorangehende Stellungnahme der Bundesregierung geht explizit auf die Elektromobilität ein. Dort heißt es die Förderung der Forschung zur Elektromobilität stünde im Fokus der Weiterentwicklung der Hightech-Strategie im. Die Batterieforschung, die hier neben der Entwicklung der Wasserstoff/Brennstoffzellentechnologie von zentraler Bedeutung ist, würde in Abstimmung mit der Industrie ausgebaut. Mit dem Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität wurde bereits 2009 eine Basis geschaffen, um das erklärte Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen auf Deutschlands Straßen bis 2020 zu erreichen. 2010 wurde die Nationale Plattform Elektromobilität gegründet; sie hat im Mai 2011 ihren zweiten Bericht vorgelegt. Die Förderinitiative „Schlüsseltechnologien für die Elektromobilität (STROM)“ wurde gestartet (Förderperiode 2011 bis 2014). Eine Roadmap zur Batterieforschung wurde im Frühjahr 2010 veröffentlicht und weiterentwickelt. Im Zukunftsprojekt „Nachhaltige Mobilität“ werden u. a. Aktivitäten aufgezeigt, um von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden.

Weitere Informationen: [Plenarprotokoll 17/153](#) vom 20. Januar 2012.

Die Linke fordert Open-Access-Strategie in der Wissenschaft

Die Fraktion Die Linke unterstützt das Open-Access-Prinzip in der Wissenschaft. In einem Antrag ([17/7864](#)) fordert sie die Bundesregierung auf, zusammen mit den Ländern eine konsistente Strategie zur Umsetzung des Open-Access-Modells in der deutschen Wissenschaftslandschaft zu entwickeln. Das Open-Access-Prinzip bedeutet der Vorlage zufolge, dass die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung und Wissenschaft frei zugänglich und im Interesse

der Gesellschaft nutzbar sein müssen. Open Access institutionalisiere den „Gemeingutcharakter dieser Forschungsergebnisse“.

Bundesumweltministerium steht weiter zum Erneuerbare-Energien-Gesetz

Das Bundesumweltministerium (BMU) hält am Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) fest. „Wir stehen zum EEG. Der Erfolg ist offensichtlich“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin des BMU, Katherina Reiche (CDU), am Mittwoch im Umweltausschuss des Bundestages. Gleichzeitig berichtete sie, dass die Marktentwicklung der Photovoltaik vor allem im Dezember 2011 vielfach höher als erwartet ausgefallen sei. Im Jahr 2011 seien insgesamt 7500 Megawatt Solarstromleistung installiert worden, davon allein im Dezember 3000 Megawatt. Es sei daher ein Ziel, das Zubauvolumen zu reduzieren, erklärte Reiche. „Wir müssen darüber sprechen, wie das System wieder in die Balance zu bringen ist“, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin. Dabei setze man auf den Dialog mit der Branche. Hinsichtlich der Preisentwicklung der erneuerbaren Energien müsse man darauf achten, dass die Akzeptanz beim Bürger bestehen bleibe und es weitere flankierende Maßnahmen gebe. Am Morgen hatte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rössler (FDP) seine Forderung nach einer Neujustierung der Ökoenergie-Förderung erneuert. Er möchte die festen Förderzahlungen für die Ökoenergie grundlegend reformieren, da sie „nicht wirtschaftlich“ seien, hatte er erklärt.

Die CDU/CSU-Fraktion betonte, dass es im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu den erneuerbaren Energien gebe. Ein Systemwechsel stehe in dieser Legislaturperiode nicht in Frage. Die Grundkonzeption bleibe wie sie ist, aber

man müsse sehen, ob es nicht an manchen Stellen günstig sei „nachjustieren“. Die Verbraucher dürften nicht mehr zur Kasse gebeten werden, als dies für den Anreiz für erneuerbare Energien notwendig sei, erklärte die CDU-Politikerin.

Der Vertreter der SPD-Fraktion sagte dazu, die Aussagen des Bundeswirtschaftsministers hätten zu „großer Verwirrung“ geführt und würden zudem eine hohe Verunsicherung bei den Investoren bewirken. Es müsse bedacht werden, dass solche Aussagen in der Öffentlichkeit von hoher Brisanz seien.

Die FDP sieht in dem bestehenden System derzeit zwei Probleme: die Stabilität der Umlage und die Frage der Systemintegration. In der Branche habe man erkannt, dass man zur Verstetigung des Ausbaus kommen müsse, sagte der FDP-Vertreter. Es müsse daher eine offene Debatte über neue Modelle geben und die Frage erörtert werden, wie noch in dieser Wahlperiode neue Anreize entwickelt werden könnten.

Die Linke kritisierte, dass das EEG im vergangenen Jahr unter großem Zeitdruck novelliert worden sei. Ihre Vertreterin bemängelte zudem die Verteilung der EEG-Umlage. Da immer mehr Ausnahmen für bestimmte Bereiche wie beispielsweise energieintensive Betriebe gemacht würden, seien die Kosten für andere Verbraucher insgesamt höher. Die Grünen bemerkten, dass es im Ausschuss mehr Einigkeit gäbe als innerhalb der Koalition. Die Grünen wollten „keine Überforderung für die Investoren, aber auch keine Unterforderung“, sagte ein Grünen-Politiker. Er bemängelte aber zugleich die ungute Diskussion über die Strompreisentwicklung insgesamt. Für die Preissteigerungen auf dem Strommarkt sei nicht allein

die Photovoltaik verantwortlich, sondern dabei müssten auch andere Faktoren wie beispielsweise ein höherer Ölpreis berücksichtigt werden.

Grüne fordern Transparenz-Pflicht für Rohstoffunternehmen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert verbindliche Offenlegungspflichten für Unternehmen im Rohstoffsektor. In ihrem Antrag ([17/8354](#)) begrüßen die Abgeordneten die Vorschläge der EU-Kommission vom Oktober 2011, nach denen im Rohstoff- und Forstsektor tätige Unternehmen verpflichtet werden sollen, „ihre Zahlungen an Regierungen der Länder, in denen sie Rohstoffe fördern“ nach Ländern und Projekten aufgeschlüsselt offenzulegen. Die Vorschläge orientierten sich an Artikel 1504 des US-amerikanischen [Dodd-Frank-Acts](#), gingen jedoch darüber hinaus: So wolle die EU-Kommission neben den Bereichen Gas, Öl und Mineralien auch den Forstsektor einbeziehen und zudem große Unternehmen zur Transparenz verpflichten, die nichtbörsennotiert sind, heißt es im Antrag, der am [Donnerstag](#) auf der Tagesordnung des Plenums stand.

Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, die Vorschläge der Kommission „aktiv und vollumfänglich zu unterstützen und ihre Umsetzung auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zügig in die Wege zu leiten“. Außerdem solle sich die Bundesregierung im Verlauf des weiteren Verfahrens dafür einsetzen, die in den Kommissions-Vorschlägen enthaltenen Ausnahmeregelungen zu beseitigen.

Von den Offenlegungspflichten erhoffen sich die Grünen eine effektive Kontrolle der Regierungen in rohstoffreichen Ländern durch die dortigen Parlamente, Bürger und die Zivilge-

sellschaft. Zudem könnte die Erfüllung rechtlicher und steuerlicher Verpflichtungen der Unternehmen besser überwacht werden, schreibt die Fraktion. Sie verweist darauf, dass drei Viertel der armen Bevölkerung weltweit in rohstoffreichen Entwicklungsländern lebten. Intransparenz und Korruption im Rohstoffsektor würden zu dieser Situation entscheidend beitragen.

Sachverständigenrat: Keine Pauschalurteile über Nanomaterialien

Die Forschung will keine einheitliche Bewertung der Nanotechnologie abgeben. „Pauschale Urteile über die Risiken von Nanomaterialien sind nicht möglich“, erklären die Sachverständigen für Umweltfragen in einem Sondergutachten über Vorsorgestrategien für Nanomaterialien, das die Bundesregierung in einer Unterrichtung ([17/7332](#)) vorgelegt hat. Am Beispiel der Nanotechnologie soll in dem Gutachten exemplarisch gezeigt werden, wie mit einer neuen Technologie „vorsorge-orientiert“ umgegangen werden kann. Dabei sollen „mögliche Risiken und Innovationschancen in vorausschauender Weise gegeneinander abgewogen werden“, heißt es in dem wissenschaftlichen Papier.

Nanomaterialien, winzige Partikel verschiedener Stoffe, kommen nicht nur in Verbraucherprodukten zur Anwendung. Technologisch und ökonomisch ist der Einsatz nanotechnologischer Verfahren und Materialien vor allem in der Elektronik und als Produktionsverfahren in der chemischen Industrie von Bedeutung. Die Forschung hat gezeigt, dass Nanomaterialien andere physikalische und chemische Eigenschaften als vergleichbare Materialien herkömmlicher Größe besitzen. Auch ihr Verhalten und ihre Wirkung im menschlichen Organismus und in der Umwelt können unterschiedlich sein. Daher

müssen Nanomaterialien als neue Stoffe bewertet werden, heißt es in dem Gutachten. In ihrem Gutachten legen die Wissenschaftler zudem einen Maßnahmenkatalog vor, in dem sie neben der Stärkung der Risikoforschung unter anderem die Schließung nanospezifischer Regelungslücken in einer Reihe von Regelwerken als auch eine bessere Kennzeichnung von Nanomaterialien in Produkten fordern.

Telegramm

... Die Zahl der **Piratenangriffe am Golf von Aden** ist 2011 gegenüber den Vorjahren zurückgegangen. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/8110](#)) auf eine Kleine Anfrage ([17/7865](#)) der Linksfraktion weiter mitteilt, handle es sich beim Golf von Aden, dem Einsatzgebiet der EU-Militäroperation „Atalanta“, um ein „eng begrenztes Seegebiet“. Die Piraterie im Zusammenhang mit Somalia betreffe ein deutlich größeres Gebiet, zu dem die Bundesregierung keine umfassende Statistik führe. .. Die **Rechtsgrundlagen zur Gebührenerhebung im Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie** sollen vereinheitlicht werden. Diesem Ziel dient der von der Bundesregierung vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln, des Gesetzes über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen sowie des Luftverkehrsgesetzes“ ([17/8234](#)). .. Der Bundesregierung sind keine Verstöße gegen die EU-Verordnung über die **Rechte von behinderten Flugreisenden** und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität bekannt. Aufgrund der eingegangenen Anzeigen habe das Luftfahrt-Bundesamt keine Verstöße feststellen können, die zur Verhängung von Sanktionen gegen Flughäfen und Luftfahrtunternehmen geführt hätten, heißt es in einer

Antwort ([17/8126](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/7919](#)). ... Die **Situation nichtbundeseigener Eisenbahnunternehmen** interessiert die SPD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage ([17/8198](#)). ... **Kostensteigerungen bei Bahnprojekten** sind Gegenstand einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8213](#)). .. Die **Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas** soll ihre Tätigkeit spätestens Anfang 2013 aufnehmen. Aufgabe der Transparenzstelle soll die Suche nach Anhaltspunkten für unzulässige Preisbildung beim Großhandel mit Strom und Gas sein. Der konkrete Zeitpunkt hänge auch von der Dauer des Gesetzgebungsverfahrens ab ([17/8092](#)). ... Der **Aufbau eines zivilen afghanischen Luftüberwachungssystems** wird voraussichtlich noch im Januar abgeschlossen sein, so die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/8056](#)) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen ([17/7736](#)). ... Die aktuelle **Energieeffizienzpolitik** ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8230](#)). ... Die im Bedarfsplan Schiene enthaltenen Infrastrukturvorhaben zur Verbesserung der Betriebssituation im **Eisenbahnknoten Köln** sind ausreichend, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/8220](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8063](#)), in der außerdem auf den kontinuierlichen Ausbau des Knotens in der Vergangenheit hingewiesen wird. ... Die Europäische Kommission hat in ihren Vorschlägen für die zukünftige Ausrichtung der **Transeuropäischen Verkehrsnetze** vom 19. Oktober 2011 keine Strecken genannt, so die Antwort der Bundesregierung ([17/8251](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8070](#)). ... „**Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen und beim Bau von Industrieanlagen**“ lautet der Titel einer

Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/8118](#)). Darin schreibt die Fraktion, die öffentliche Diskussion über den Bahnhofsneubau in Stuttgart habe deutlich gemacht, „dass die formellen Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen nicht ausreichen und nicht mehr zeitgemäß sind“. Wissen wollen die Abgeordneten unter anderem, wie die Bundesregierung sicherstellen will, „dass sich insgesamt die Kultur der Beteiligung in der Planung von größeren Projekten in Deutschland verbessert“. ... Auch die Übertragungsnetzbetreiber prognostizieren inzwischen einen starken Anstieg der **Zuschlagszahlungen für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen**. Bestehende Unterschiede zu einer Prognose von Prognos und der Berliner Energie-Agentur würden sich durch unterschiedliche Einschätzungen zum Inbetriebnahmezeitpunkt von neuen Kraftwerksprojekten erklären, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/8255](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8067](#)). ... Die Deutschland zugeordneten 145 Luftfahrzeugbetreiber haben 2010 insgesamt 28 141.686 Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen, wies aus einer Antwort ([17/8264](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/7797](#)) über die **Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel** hervorgeht. ... **Kostensteigerungen bei Bahnprojekten** sind zum großen Teil durch allgemeine Baupreissteigerungen verursacht. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/8287](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8213](#)) weiter schreibt, betreffen die Kostensteigerungen in anderen Fällen inhaltliche Änderungen an den Projekten. In der Antwort wird auf verschiedene Bahnprojekte detailliert eingegangen. ... Eine **weltweite Einführung des Emissionshandels für den Flugverkehr wird es nach Meinung der Bundesregierung vor 2018 nicht geben**. Das geht aus einer Antwort

der Bundesregierung ([17/8290](#)) auf eine Kleine Anfrage ([17/8033](#)) der SPD-Fraktion hervor, die sich mit dem aktuellen Stand beim europäischen Emissionshandel im Luftverkehr beschäftigt. Da bislang von der Internationalen Zivilluftorganisation (ICAO) kein ausgearbeiteter Vorschlag vorläge, sei es nicht mehr möglich, auf der nächsten Sitzung der Organisation im Jahr 2013 darüber zu entscheiden, heißt es in der Antwort. ... Klaus-Peter Willsch MdB (CDU/CSU) berichtet in seinem Hauptstadtbrief [Nr. 102](#) von den Fortschritten des **Bahnlärm Projekts „Leiser Rhein“** ...

Vorschau auf die nächste Sitzungswoche

... Der Bundestag stimmt nach 2./3. Lesung über das Vierzehnte Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes ([17/8098](#)) ab ... Am Dienstag, 24. Januar lädt Arianespace zum Neujahrsempfang in die Austernbank ... Am Mittwoch, 25. Januar lädt das DLR zum AG Frühstück der AG CDU/CSU Wirtschaft und Technologie mit dem Thema "Raumfahrt und Raumfahrtmanagement" in die Parlamentarische Gesellschaft... Am Donnerstag, 26. Januar lädt das DLR traditionell zum Neujahrsempfang in die Berliner Repräsentanz im Wissenschaftsforum am Gendarmenmarkt. ...

Inhalte und Redaktion:

Nina-Louisa Remuß
Politik- und Wirtschaftsbeziehungen
Büro Berlin-Mitte
Markgrafenstr. 37
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 67 05 5 478
Fax.: +49 (0) 30 67 05 5 475
Email: Nina-Louisa.Remuss@DLR.de
Internet: www.dlr.de/pw

Quellennachweis: Eigene Texte über Veranstaltungen, Aktivitäten etc, Verwendung von freizugänglichen Quellen (s.u.auch Links im Text). Detailnachweis auf Anfrage.